

AIHK Wirtschaft will Abschaffung des Steuerzuschlags

Der Vorstand der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) hat sich mit der Vernehmlassung zur Gemeindereform beschäftigt. Er erachtet die Überprüfung der heutigen Gemeinde- und Bezirksstrukturen als angezeigt und begrüsst die Schaffung von Anreizen für Gemeindefusionen. Aus Sicht der AIHK ist die Schaffung zweier grösserer Städte im Kanton Aargau anzustreben. Damit werde die Standortattraktivität erhöht. Gerade wertschöpfungsstarke Dienstleistungsunternehmen bevorzugen bei ihrer Standortwahl Zentren mit städtischer Infrastruktur. Die AIHK verlangt im Rahmen der Gemeindereform jedoch eine Anpassung des Finanzausgleichsgesetzes. Der heutige Zuschlag von 15 Prozent auf der ordentlichen Gewinn- und Kapitalsteuer soll ersatzlos gestrichen werden. Einerseits könne es nicht Aufgabe der Wirtschaft sein, Mittel für strukturerhaltende Massnahmen abzuliefern. Andererseits lasse sich durch die Abschaffung des Zuschlags die steuerliche Attraktivität des Unternehmensstandorts Aargau verbessern, hält der Vorstand der AIHK fest. (MZ)